

An die  
Medien

Dortmund

23.02.06

## **Pressemitteilung**

### **GRÜNE teilen die Sorgen des Mietervereins über den Verkauf der LEG-Wohnungen**

Bündnis 90 /Die Grünen im Rat teilen die Sorge des Mietervereins über den Verkauf der LEG-Wohnungen in Lanstrop und Scharnhorst an die Hannoveraner Unternehmensgruppe Baum. Bei den jetzt verkauften 1405 Wohnungen besteht ein großer Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, dem sich die LEG mit dem Verkauf nun endgültig entzieht. Die Tatsache, dass darüber hinaus die Unternehmensgruppe Baum ein unbeschriebenes Blatt auf dem Wohnungsmarkt ist, lässt die GRÜNEN befürchten, dass der Erwerb der Wohnungen ausschließlich unter Abschreibungsgesichtspunkten getätigt worden ist.

**Mario Krüger, Fraktionssprecher der Grünen:** “Wir haben den Eindruck, dass von Seiten der LEG nach dem Motto verfahren wird: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Im Vordergrund stehen aus unserer Sicht ausschließlich Rendite-Gesichtspunkte, während der sozialpolitische Aspekt anscheinend vollkommen außen vor zu bleiben scheint.“

Für diese Einschätzung spricht aus Sicht der GRÜNEN auch die Tatsache, dass es bei den bisher vorliegenden öffentlichen Äußerungen keine Hinweise auf Sanierungsmaßnahmen durch den neuen Eigentümer der Wohnungen gibt. Zwar sollen die gesetzlichen Mietrechte gewahrt bleiben - eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus gehende Bestandssicherungen wie zum Beispiel die bei anderen Wohnungsverkäufen vereinbarte zehnjährige Kündigungsfrist und ein Dauerwohnrecht für ältere BewohnerInnen fehlen allerdings.

**Mario Krüger:** „Den Verkauf der Wohnungen muss man auch vor den Plänen der schwarz-gelben Landesregierung sehen, den gesamten Wohnungsbestand der LEG zu verkaufen. Das würde in Dortmund noch weitere 4400 und landesweit etwa 100.000 Wohnungen betreffen. Anscheinend sollen Verkäufe wie in Lanstrop und Scharnhorst auch dazu dienen, problematische Wohnungsbestände abzustößen, um die LEG insgesamt zu verschlanken und für potentielle Käufer interessanter zu machen. Das ist ein gefährliches und unverantwortliches Spiel auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.“

Vorrangiges Ziel, so **Krüger**, müsse es deshalb sein, gegen die Absicht der CDU/FDP-Landesregierung den Verbleib der restlichen Wohnungen im Bestand der LEG zu sichern. Sollte dies nicht zu realisieren sein, muss aus Sicht der GRÜNEN darauf gedrängt werden, dass kommunale Wohnungsbau-gesellschaften ein Vorkaufsrecht erhalten. Nur so kann politisch eine Sozialverträglichkeit der Mietverhältnisse gewährleistet werden.